

# Ausstieg aus dem Wohlstand

Hans Kaufmann, alt Nationalrat, Wettswil

Der Ausstieg aus fossilen Energien geht nur schleppend voran. Der Erdöl- und Erdgas-, ja sogar der Kohleverbrauch nehmen in den nächsten Jahren wohl sogar noch weiter zu. Aber früher oder später wird die Erdölnachfrage dank dem wachsenden Angebot an alternativen Energien zurückgehen. Am Erdölmarkt genügt meistens schon ein bescheidener Überschuss von 1% bis 3%, um den Erdölpreis zu drücken. Fällt nicht nur der Erdölpreis, sondern auch noch die Nachfrage, dann werden zwar die meisten westlichen Produzentenländer und grossen Erdölmultis darunter zu leiden haben. Aber im Vergleich zu den Problemen im Nahen Osten, in Afrika und teils in Lateinamerika sind jene im Westen wohl zu bewältigen. Wenn man aber an die Nahost-Länder wie den Irak denkt, wo die Staatseinnahmen zu 90% aus dem Erdölsektor stammen, dann kann man sich vorstellen, was in diesem Staat passieren wird, wenn die gewohnten Einnahmen ausbleiben und die staatlichen Leistungen sogar für die Ärmsten der Armen massiv gekürzt werden müssen. Auch in Russland trägt das Energiegeschäft rund 40% zum Staatsbudget (2018) bei. Über die genauen Staatseinnahmen aus dem Energiegeschäft existieren keine verlässlichen Statistiken. Die Regierungen kassieren ja nicht nur für die Förderlizenzen ab, sondern auch der Verbrauch wird vor allem in den westlichen Industrieländern relativ stark mit Abgaben und Steuern belastet, während die Treibstoffpreise in vielen EM sogar noch staatlich subventioniert werden. Ein Indikator der Weltbank, die sogenannte «Oil Rent in % GDP», die die Differenz zwischen dem Marktwert des geförderten Erdöls nach Abzug der Förderkosten im Verhältnis zum BIP zeigt, eignet sich jedoch als guter Indikator für die Abhängigkeit einzelner Länder vom Erdöl. An der Spitze liegen der Irak (38%) und Libyen (37%), gefolgt vom Kongo (37%), Kuwait (37%), Saudi Arabien (23%), Oman (22%), Äquatorialguinea (19%), Aserbaidschan (19%), Angola (16%), Gabun (15%) und Chad (15%).

Auch im Westen spielt die Öl- und Gasindustrie eine wichtige Rolle, wie das Beispiel USA zeigt. So lagen die Durchschnittssaläre dieser Branchen mit USD 102'221 im Jahre 2017 um 85% höher als der Durchschnitt der Privatindustrie (USD 55'331). Etwa 15.7% aller Investitionen in den USA wurden von diesen Energiesektoren getätigt. Die effektive Steuerquote lag vor der Steuerreform 2019 bei 34%, was sich mit 26.7% für die S&P 500 Gesellschaften vergleicht. Mit 10.3 Mio. Jobs (=8 % aller Jobs) und einem Beitrag von 8% zum BIP ist der Öl- und Gassektor einer der wichtigsten Wirtschaftssektoren der Vereinigten Staaten.

## Luxus statt sinnvolle Investitionen

Ein Ende des Erdölgeschäftes bedeutet für viele Länder auch ein Ende der automatischen Milliardenenerträge, gewissermassen einen Ausstieg aus dem Wohlstand. Der Irak ist jedoch nicht das einzige Erdölland, das die hohen Einnahmen aus dem Erdölgeschäft nicht dazu nutzte, eine Alternativindustrie aufzubauen. Im Irak trägt die Produktion der anderen Sektoren nur noch 1.5% zum BIP bei, wobei in den letzten paar Jahren viele Fabrikhallen zu Lagerhäusern für Importe umfunktioniert wurden. Nicht einmal die Landwirtschaft wurde weiterentwickelt, um die Selbstversorgung des Landes zu verbessern. Andere Erdölländer befinden sich in einer ähnlichen Situation, auch wenn einige von ihnen Geld für die «nächste Generation» in noch über einige Jahren nicht antastbaren Fonds auf die Seite gelegt haben. Saudi-Arabien versucht seine Wirtschaft mit einem gewaltigen Finanzaufwand von wohl über USD 1'000 Mrd. mit der sogenannten «Vision 2030» für die Zeit nach dem Erdöl fit zu machen, aber da die heutige Generation nicht auf ihren Luxus verzichten will, wird die «Vision 2030» nicht

schwergewichtig mit Steuern finanziert, sondern mit einem Teilverkauf der staatlichen Erdölgesellschaft Aramco und beträchtlichen Staatsdefiziten.

Nicht nur die saudische Erdöl-Elite, sondern auch jene anderer Produzentenländer verschwenden viel Geld für Luxus. Es wurden Prunkstädte mit Prestige-Wolkenkratzern gebaut, obwohl ausreichend Land für weniger anspruchsvollere Gebäude für die breite Bevölkerung zur Verfügung gestanden hätte. Um ihre Pfründe und Machtpositionen abzusichern, gibt die Politelite dieser Länder auch sehr viel Geld für die Landesverteidigung und ihren persönlichen Schutz aus. Viel Geld wurde auch im Ausland investiert, wobei nicht nur Kapitalanlagen getätigt, sondern auch private Villen und Hotels, beispielsweise auch am Genfersee oder auf dem Bürgenstock in der Schweiz, erworben wurden. Letztere erwecken den Verdacht, dass sich die Middle East- und afrikanische Eliten etc. bereits für alle Eventualitäten vorbereitet, wenn sie einmal vor der rebellierenden Bevölkerung ihrer Heimatländer fliehen müssen.

### **Neue Flüchtlingsströme und Steuerausfälle als Folge der Energiewende**

In Afrika und teils in Lateinamerika verschwanden und verschwinden immer noch grosse Teile der Erdöleinnahmen in privaten Taschen oder in staatlichen Korruptionsnetzwerken. In vielen Erdölländern wurden die Gelder nicht für den Aufbau von Infrastrukturen aller Art eingesetzt, mit der die Ansiedelung von Unternehmen aus dem In- und Ausland bzw. die Schaffung von Arbeitsplätzen ausserhalb des Energiesektors erleichtert würde. Oder kurz zusammengefasst, die Armut und Verzweiflung breiter Bevölkerungskreise in diesen Ländern wird schon in wenigen Jahren deutlich zunehmen, wenn der Geldsegen des Erdöls versiegt. Wenn dannzumal noch religiös oder politisch motivierte Scharfmacher der notleidenden Bevölkerung den Westen als Ursache für ihre Probleme verantwortlich machen, um vom eigenen Unvermögen abzulenken, dann muss man sich nicht wundern, wenn weltweit wieder Terroranschläge aller Art erfolgen. Gar nicht daran zu denken, welche Gefahren drohen, wenn die staatlichen Waffenarsenale nach einer Flucht der heutigen Politeliten in die Hände von Extremisten und Terroristen gelangen. Die Not wird aber vor allem auch wieder neue Flüchtlingsströme nach Europa auslösen und in den Heimatländern gescheiterte Staaten hinterlassen.

Auch im Westen werden einige Staaten ohne die bisher reichlich fliessenden Erdöleinnahmen auskommen müssen. So tragen z.B. die Einnahmen aus dem Erdölgeschäft im norwegischen Budget 2020 18.9% zum Staatshaushalt bei. Im Höhepunkt 2001 waren es sogar 32.1%. In der Schweiz hat der Bund für 2020 Mineralölsteuern von CHF 4'575 Mrd. budgetiert, was 6% der Bundeseinnahmen entspricht. Die Besteuerung von Öl- und Gasprodukten in der EU und Norwegen zusammengerechnet steuerte 2015 EUR 420 Mrd. zu den Staatshaushalten bei, was 2.7% des damaligen BIP entsprach. Auf die Staatshaushalte bezogen, die rund 50% des BIP ausmachen, wären dies dann zwischen 5% und 6% der Staatseinnahmen. Weitere EUR 34 Mrd. Steuern brachten die Kohleprodukte ein, während auf die Wind- (EUR 2 Mrd.) und Solarindustrie (EUR 22 Mrd.) entfielen. Viele dieser Steuererträge auf fossilen Energien werden im Zuge der Energiewende nach und nach entfallen und müssen wohl durch neue Abgaben und Steuern ersetzt werden.

Es ist ja so einfach, an Klimakonferenzen grosse Worte zu führen, aber wenn es darum geht, die geschilderten Probleme anzupacken, die unweigerlich in Form von neuen Flüchtlingsströmen auf uns zukommen, dann bleiben die sich heute als «Retter der Welt» aufspielenden Grünen und Linken stumm.

22.1.2020